14.9.2014 - KNA

# Kardinal Marx: Bundesweite Synode ist derzeit kein Thema

Magdeburg (KNA) Eine erste gesamtdeutsche Synode von Vertretern aus allen katholischen Bistümern steht nach Ansicht des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, vorerst nicht zur Debatte. "Es ist jetzt nicht der Zeitpunkt, über eine Synode für Deutschland zu reden", sagte Marx am Sonntag der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA).

Der Erzbischof von München und Freising äußerte sich im Anschluss an das vierte Gesprächsforum des bundesweiten Dialogprozesses zur Zukunft der Kirche. Rund 300 Teilnehmer, darunter 29 Bischöfe, sprachen am Freitag und Samstag vor allem über das Thema Mission. Aber auch innerkirchliche Reformen waren Thema.

Zum Abschluss des Treffens wurden Rufe nach einer ersten gesamtdeutschen Synode mit Vertretern aller deutschen Bistümer laut. In der alten Bundesrepublik tagte von 1971 bis 1975 eine solche Versammlung in Würzburg. Dort soll im September 2015 auch der aktuelle Dialogprozess enden.

Der Bischofskonferenz-Vorsitzende sagte der KNA, er könne sich gut vorstellen, den Dialog fortzuführen. Zuvor jedoch gelte es, zu überlegen, "was sinnvoll und machbar ist", so Marx. "Zunächst einmal muss es darum gehen, dass wir das, was wir erreicht haben, bis 2015 in eine verbindliche Vereinbarung gießen. Da muss dann auch drin stehen, wie wir weiter verfahren wollen."

In Magdeburg hatten die Bischöfe Offenheit für Änderungen im kirchlichen Arbeitsrecht und im Umgang mit wiederverheirateten Geschiedenen signalisiert. Marx sagte, dass die Mehrheit seiner Amtsbrüder dabei den Ansichten von Kardinal Walter Kasper zuneige. Kasper hatte bereits mehrfach für einen "Weg der Barmherzigkeit" gegenüber Menschen geworben, die nach einer gescheiterten Ehe eine zweite Zivilehe eingehen. Einen entsprechenden Text wollen die deutschen Bischöfe in die Beratungen der im Oktober anstehenden Weltbischofssynode in Rom zu Ehe und Familie einbringen.

Ebenfalls in der Diskussion ist eine Liberalisierung des kirchlichen Arbeitsrechts in Deutschland. Zugleich betonte Marx, bereits jetzt gebe es "keinen Kündigungsautomatismus" für kirchliche Mitarbeiter, wenn sie etwa in homosexuellen Partnerschaften oder in einer zweiten Zivilehe lebten.

Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Alois Glück, sagte der KNA, er hoffe, dass die Fragen des Arbeitsrechts innerhalb des kommenden halben Jahres geklärt werden. Auf einer abschließenden Pressekonferenz zeigte sich Glück zufrieden mit dem Treffen in Magdeburg. "Der Dialogprozess hat die Kirche positiv verändert."

Ähnlich äußerten sich die Bischöfe Franz-Josef Bode (Osnabrück) und Franz-Josef Overbeck (Essen), die zum Leitungsteam des Dialogprozesses gehören. Bode verwies darauf, dass das Bekanntwerden des Missbrauchsskandals 2010 und die Affäre um den zurückgetretenen Limburger Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst 2013 das Ansehen von Kirche schwer beschädigt hätten. Hier habe die Gesprächsinitiative einen "Raum des Vertrauens" eröffnet.

Overbeck warb in der Debatte über Reformen um Geduld und stellte zugleich "deutliche Verschiebungen" etwa im Umgangston und der Selbstwahrnehmung von Kirche fest. "Wir Bischöfe haben da, finde ich, enorme Schritte nach vorn gemacht."

**Die Reforminitiative "Wir sind Kirche" begrüßte, dass die Bischöfe in Rom ein Mehrheitsvotum für einen neuen Umgang mit nach Scheidung Wiederverheirateten vorgelegen wollten. "Nur eine baldige, überzeugende Reform wird dazu beitragen können, die seit Langem bestehende eklatante Kluft zwischen der tradierten kirchlichen Lehre und der Lebenswirklichkeit der gläubigen Katholiken in der Sexualmoral zu überbrücken."**

Auch der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) forderte konkrete Ergebnisse. Der BDKJ-Bundesvorsitzende Wolfgang Ehrenlechner sprach von einer neuen Gesprächskultur in der Kirche. Notwendig seien jetzt Konsequenzen etwa beim kirchlichen Arbeitsrecht oder bei geschiedenen Wiederverheirateten. Die Bischöfe müssten auch bei Themen wie dem Zugang von Frauen zu Weiheämtern und in Fragen einer weiteren Demokratisierung der Kirche das Gespräch ermöglichen.

Zuletzt geändert am 16.09.2014